



03.08.2011

Alle Parteien reden über Integration, wir handeln

„Hannover ist international und weltoffen – das bedeutet für uns: es ist eine Stadt, in der Menschen ohne Diskriminierung leben und unabhängig von ethnischer Herkunft oder Hautfarbe zusammenleben können. Die Internationalität der Bürgerinnen und Bürger stellt dabei aus unserer Sicht einen wichtigen Standortfaktor dar, den wir zukünftig noch stärker aktivieren wollen, z.B. durch Vertiefung der wirtschaftlichen Kontakte in die Herkunftsländer. Die vielen zwei oder mehrsprachigen Hannoveraner wollen wir stärker als bisher in ihren speziellen Kompetenzen anerkennen und fördern. Wir brauchen eine Willkommenskultur,“ so der Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Hannover Alptekin Kirci.

Für die kommende Ratsperiode werden u. a. folgende Schwerpunkte gesetzt: Verstärkung der Sprachförderung und Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten, Ausbau der Angebote in frühkindlicher Bildung für junge Eltern mit Migrationshintergrund wie z.B. die »Rucksackprojekte« an den Kitas und Grundschulen. „Wir wollen jungen Migranten bessere Berufschancen eröffnen, zum Beispiel mit Volkshochschul-Kursen zum Nachholen von Haupt- und Realschulabschlüssen oder Qualifizierungsprojekten. Hier zeigt sich, dass eine gute Integrationspolitik eine gute Bildungspolitik ist“, erklärte Kirci.

Die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingerichteten Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken werden weiter gefördert, weil sie eine stetige und breite Beteiligung an der Integrationspolitik in unserer Stadt ermöglichen, eine gute Nachbarschaft unterschiedlicher Kulturen fördern und für die Integration in den Stadtteilen wichtige Impulse geben.

„Wer länger als 8 Jahre in Deutschland lebt, soll bei Kommunalwahlen auch eine Stimme haben – das ist unsere Überzeugung. Wir fordern nach wie vor die doppelte Staatsbürgerschaft. Wir unterstützen daher ausdrücklich die jüngste Initiative der parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder MdL. Sie forderte die Landesregierung dazu auf, die Bundesratsinitiative Baden-Württembergs zur Abschaffung des Optionszwangs zuzustimmen“, erklärte Kirci.

„Mit Stephan Weil haben wir in der kommunalen Integrationspolitik Maßstäbe gesetzt. Der von ihm initiierte Lokale Integrationsplan ist ein Meilenstein, an dem wir weiter arbeiten werden“, so Kirci.

„Diesen Mut sollte auch Herr McAllister in der Integrationspolitik aufbringen und sich aktiv für die Abschaffung des Optionszwanges einsetzen, erklärte Kirci abschließend.

Pressekontakt:
Kolja Baxmann, Büroleiter
0511-1674/250